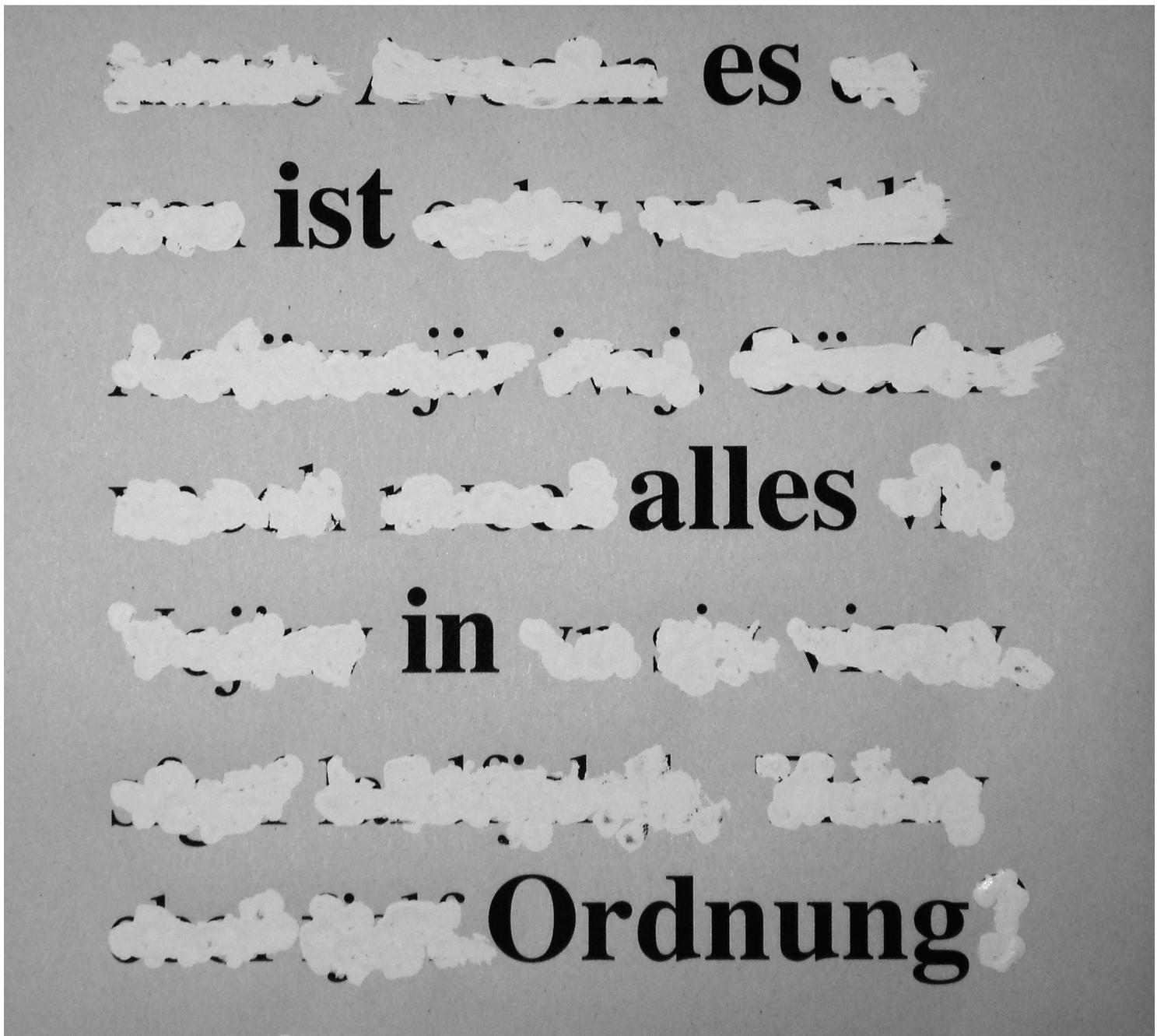


HUch!

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
COLLECTED HIGHLIGHTS
NO. 50 JANUAR 2007



SEXISMUS VERTUSCHEN

In der Uni ist bekannt was Sexismus ist und wie damit richtig umzugehen ist. Mehr zu Theorie und Praxis rund um das Thema „Sexuelle Belästigung“ steht auf Seite 3

RASSISMUS VERSCHLEIERN

In Deutschland sind die Menschenrechte für alle unabhängig ihrer Herkunft gesichert. Wie ein Alltag in diesem Rechtsstaat aussieht, erfahren wir auf den Seiten 4 und 5

ANTISEMITISMUS AUSBLENDEN

Die Deutsche Linke hat viel gelernt und weiß jetzt wen es zu bekämpfen gilt. Wie reflektiert mit Antizionismus und Kapitalismuskritik umgegangen wird berichten die Seiten 6 und 7

editorial

Die fünfzigste Ausgabe. Erst als diese Nummer schon voll war sind wir auf die Idee gekommen, uns dazu zu verhalten, dass wir innerhalb des metrischen Systems eigentlich gerade eine markante Marke erreichen. Supi dupi Jubiläum und so. Naja, aber niemand von uns hat einen Überblick über diese Geschichte. Wir selbst sind alle nicht so alt und erst seit verschieden vielen Nummern dabei. Wir werden auch nach dieser Ausgabe, in diesem neuen Jahr, einfach weiter mit euch in Seminaren sitzen, in denen Kritik als nutzlos und nicht zielführend abgetan wird, weiter zwischen Prekariat, Boheme und Elite herumeiern, uns auf Demos und Plena und dem G8-Gipfel treffen. Weitermachen weitermachen. Und nicht weitermachen. Wenn wir mit unseren Ausgaben Momente des Aufhörens, des Anhaltens, des Abstandnehmens von uns selbst und des Reflektierens herausfordern, dann freut uns das. Es freut uns auch, trotz unserer eher kleinen Redaktion, dass wir nun wirklich monatlich da sind. Schon zum zweiten Mal in Folge!!! Zumindest im Semester. Das war möglich durch Telefonkonferenzen von Bett zu Bett während Redaktionsphasen, um auch die allwinterlichen Krankheiten nicht aussen vor zu lassen. So hängen wir mit unseren Gedanken eher in der Zukunft rum, greifen lieber Probleme an und bieten der Welt ein bisschen Paroli statt uns selbst zu feiern. Anfang Februar sind die Wahlen zum Studierendenparlament, von dessen linker Mehrheit auch unsere Existenz abhängt. Ob ihr also noch ein paar Ausgaben in der Hand halten werden könnt, hängt nicht zuletzt von euch ab. EURE HUCH!

inhalt

- 3 GRÜNe BaNaNe**
Kampagne gegen Sexismus an der Uni
- 4 Rechtsstaat ohne Menschenrechte**
Die Geschichte eines Flüchtlings
- 6 Die Guten ins Töpfchen...**
Linker Antisemitismus in Deutschland – ein Überblick
- 8 Abfahrt April 2008**
Die aktuellen Semesterticket-Verhandlungen
- 10 watchyourasta.de.vu**
Eine Website gegen den rechten TU-AStA
- 11 Nullen für die Bildung**
Der Hochschulpakt 2020
- 12 Plug in or Cut it out!**
1 Pro, 1 Kontra, 1 Thema, 2 Ansichten
- 14 Travelling School of Life**
Ein alternatives Bildungsnetzwerk
- 15 Vor Lady Sovereign**
Grime ist tot?

impresum

■ Anschrift

HUCH! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin
huch@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/huch

■ HerausgeberIn

ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AStA).

■ Redaktion

Nelo Locke, Sascha Frank, Tobi Becker (V.i.S.d.P), Anne, Marek
Layout Tobi
Lektorat Jana, Jörg
Druck Union Druck
Auflage 3.000

Alle Artikel stehen unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung der Texte sind unter folgenden Bedingungen erlaubt und erwünscht:

- © Angabe der Autorin oder des Autors
- Ⓝ Nichtkommerzielle Verwendung
- Ⓢ Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Falls nicht selbstverständlich: Kein Artikel erhebt den Anspruch für die gesamte Verfasste Studierendenschaft zu sprechen. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich. Wer Rechtschreibfehler findet, möge sie behalten und sich bei uns zum Lektorieren melden (Email siehe oben).

Redaktionsschluss für die Nr. 51 ist 21. Januar 2006

richtigstellungen

Auch uns unterlaufen Fehler..

Das Bild auf Seite fünf der letzten Ausgabe zum Artikel „Lagerhaltung für MigrantInnen“ zeigte Arbeiten am Zaun um Melilla, einer spanischen Exklave in Marokko. In den frühen Morgenstunden am 03.10.2005 hatten etwa 100 Menschen versucht, diese Grenze zu überwinden. (Es folgten weitere Versuche im Laufe des Oktobers) Daraufhin wurden die „Sicherheits“vorkehrungen noch einmal massiv verschärft. Unsere Bildunterschrift, die darauf hinwies, dass es viele Verletzte durch Stacheldraht und durch Schläge gab, stellt eine krasse Verharmlosung dar, angesichts der Tatsache, dass von den GrenzbeamtInnen scharf geschossen wurde und mehrere Menschen dadurch ermordet wurden.

In der letzten Ausgabe haben wir bereits angekündigt, dass unsere **Website** die Funktion bietet jeden neuen Artikel zu diskutieren. Hat sich herausgestellt: Wir können gerade gar nicht mehr auf die Seite zugreifen, also auch keine neuen Artikel hochladen. Menschen, die sich mit sowas auskennen, meinten, sie arbeiten dran. Wir warten mit euch und hoffen auf rege Diskussionen danach.

Die Redaktion.

GRÜNE BaNaNe

Sexismus an der Uni – Teil I: sexuelle Belästigung

Die Aktion „Grüne Banane“ wurde ins Leben gerufen um Sexismen und sexuelle Belästigung an der Uni zu thematisieren. Die Idee dahinter ist, Menschen nicht allein zu lassen, wenn sie belästigt werden und ebenfalls offen zu thematisieren, dass so etwas sehr wohl vorkommt. Sei es auch noch so totgeschwiegen – die Uni ist kein Ort an dem Sexismus draußen vor der Tür bleibt. VON NELO LOCKE

Sexuelle Belästigung ist eine Form von Belästigung, die insbesondere auf das Geschlecht der betroffenen Person abzielt. Als sexuelle Belästigung gelten unter anderem sexistische und geschlechtsbezogene entwürdigende bzw. beschämende Bemerkungen und Handlungen, unerwünschte körperliche Annäherung, Annäherungen in Verbindung mit Versprechen von Belohnungen und/oder Androhung von Repressalien.“ (aus Wikipedia¹)

Die HU hat ein „Merkblatt zum Umgang mit sexueller Belästigung an der Humboldt-Universität zu Berlin“ veröffentlicht. Darin gibt es ebenfalls eine Definition was genau sexuelle Belästigung denn sein kann, die sich im wesentlichen nicht von der oben genannten unterscheidet. Das Merkblatt geht aber noch weiter, indem es Vorschläge macht was getan werden kann, wenn es zu einem solchen Übergriff kommt.

Wer von sexueller Belästigung an der Uni betroffen ist, hat die Möglichkeit sich an alle Personen mit Leitungs- oder Aufsichtsfunktionen zu wenden. Diese sind verpflichtet sexueller Belästigung entgegenzuwirken. Außerdem können Betroffene sich an die Frauenbeauftragte der Humboldt-Uni wenden, die vertrauliche Beratung und Unterstützung anbietet, sowie auch an die dezentralen Frauenbeauftragten der jeweiligen Institute oder an das frauenpolitische Referat des ReferentInnenrats an der Humboldt-Uni. Hier werden Beschwerden vertraulich behandelt, damit sich keine beruflichen oder persönlichen Konsequenzen daraus ergeben. Es ist auch möglich, Vorfälle zur Sprache zu bringen, die schon länger zurück liegen. Wie mit der Beschwerde verfahren wird und welche Maßnahmen ergriffen werden, hängt dann vom konkreten Fall ab.

Es gibt verschiedene Maßnahmen die, in Absprache mit der Betroffenen, ergriffen werden können. Von einem Gespräch mit dem Beschuldigten, das ihm deutlich vermitteln soll, dass sein Verhalten sexuelle Belästigung darstellt bis hin zu drastischeren Maßnahmen wie z.B. zur Strafanzeige gibt es verschiedene Handlungsmöglichkeiten die Betroffenen offen stehen können und sollten.

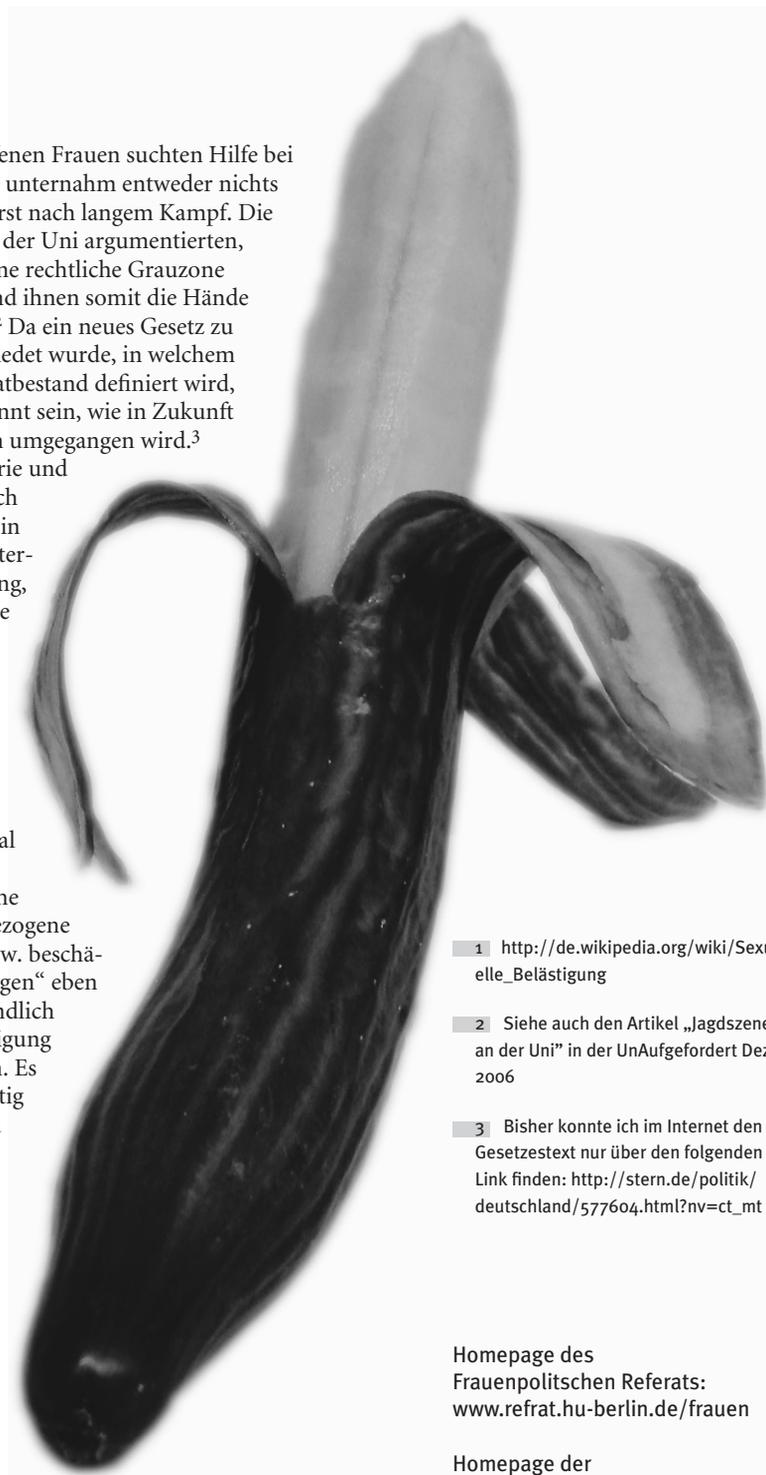
Ein kurzer Rückblick

In den letzten zwei Jahren gab es an der HU mehrere Vorfälle von Stalking. Studentinnen wurden von einem Kommilitonen verfolgt. Der Stalker ließ die betroffenen Frauen nicht mehr in Ruhe und belästigte diese, folgte ihnen nach Hause, schrieb Briefe und E-Mails und rief

sie an. Die betroffenen Frauen suchten Hilfe bei der Uni und diese unternahm entweder nichts oder rührte sich erst nach langem Kampf. Die Verantwortlichen der Uni argumentierten, dass es sich um eine rechtliche Grauzone handeln würde und ihnen somit die Hände gebunden wären.² Da ein neues Gesetz zu Stalking verabschiedet wurde, in welchem Stalking als Straftatbestand definiert wird, können wir gespannt sein, wie in Zukunft mit solchen Fällen umgegangen wird.³

Zwischen Theorie und Praxis ist eben auch an der Uni noch ein himmelweiter Unterschied. Erst Stalking, als fortgeschrittene Art sexueller Belästigung, wird in einem großen Rahmen und das auch erst nach langem Kampf, diskutiert. Das verdeutlicht einmal mehr, dass „unter anderem sexistische und geschlechtsbezogene entwürdigende bzw. beschämende Bemerkungen“ eben nicht selbstverständlich als sexuelle Belästigung anerkannt werden. Es ist deswegen wichtig jedes anscheinend noch so kleine sexistische Statement zu thematisieren und sich dagegen zu wehren. Nur so kann eine Diskussion und ein Prozess in Gang gebracht und die bestehenden Verhältnisse verändert werden.

Nelo Locke ist Frauenpolitische Referentin im RefRat



¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Sexuelle_Belästigung

² Siehe auch den Artikel „Jagdscenen an der Uni“ in der UnAufgefordert Dez. 2006

³ Bisher konnte ich im Internet den Gesetzestext nur über den folgenden Link finden: http://stern.de/politik/deutschland/577604.html?nv=ct_mt

Homepage des
Frauenpolitischen Referats:
www.refrat.hu-berlin.de/frauen

Homepage der
Frauenbeauftragten der HU:
<http://www2.hu-berlin.de/frb/>

Rechtsstaat ohne Menschenrechte

Der so genannte Rechtsstaat Deutschland verweigert nicht nur das Recht auf Freizügigkeit, sondern torpediert auch das Recht auf Bildung.

VON GASTON EBUA – IM NAMEN DES SOLIDARITÄTS-FORUMS.

Dieser Text ist all denen gewidmet, die verfolgt und in die Situation gezwungen werden, in einer vorgeschriebenen Gegen zu wohnen, den Bekannten und Unbekannten, denen das Dasein als Mensch verweigert wird. Damit meine ich Menschenrechte, politische Rechte, soziale, kulturelle, ökologische oder geografische Rechte, Geburt- und Bildungsrechte und sogar das Recht, als illegalisierte Person zu leben, um nur ein paar zu nennen, die uns verweigert werden. Diese Verletzung jedweder Form und jedweden Geistes der so genannten internationalen UN-Abkommen, die die Bewegungsfreiheit und den Wohnsitz betreffen und über Menschenrechte sprechen, wie die „Genfer Konvention für Verfolgte, Flüchtlinge und staatenlose Personen“, zeigt nur, dass solche Dinge niemals für die Menschen von heute gedacht waren. Sie dienten nur zur Aufrechterhaltung der blutigen Mythologie „Europa“ und „Westen“ und negieren uns so genannte AfrikanerInnen, Flüchtlinge, MigrantInnen und Schwarze als Angehörige der menschlichen Spezies. So wie die DM spurlos verschwand und durch den Euro ersetzt wurde, sollen wir auch verschwinden.

Ich möchte hier über meine Wohnsitzauflage berichten, mit der mir verboten wurde, meinen Wohnsitz in einer anderen Stadt als in Darmstadt zu nehmen, obwohl ich in Berlin lebe. Diese Wohnsitzauflage wurde am 14. August 2002 in Darmstadt erteilt und am 13. August 2004 von der Stadt Berlin bestätigt, die ebenfalls entschied, dass ich meinen Wohnsitz nur in der Stadt Darmstadt nehmen dürfe. Ich bin ein Mitglied des Netzwerks unabhängiger Flüchtlinge und PolitaktivistInnen – dem The Voice Africa and Refugee Forum. Als Mitglied dieses Forums glaube ich fest daran, ein Mensch zu sein, dem wie jedem anderen Menschen alles zusteht,

was auf dieser Erde das Menschsein ausmacht. Ich werde meine persönliche Position zum vorliegenden Fall

darlegen und stehe auch für Nachfragen offen. Vom Standpunkt als Mensch aus möchte ich einzelne Aspekte dieser Angelegenheit mit euch teilen. Es ist mir wichtig, dass erkannt wird, in welcher Weise uns einfache Zuschreibungen auf unterschiedliche Art und Weise übergestülpt werden. Weil wir Menschen sind, können einige dieser Dinge nicht akzeptiert werden, da sie bewirken, dass man die eigene Menschlichkeit und Menschenwürde leugnet. Wie ich bereits gesagt habe, bin ich einer von vielen, die als Fremde oder AusländerInnen, AsylantInnen, Flüchtlinge oder MigrantInnen angesehen werden. Ich

wurde am 1.6.1973 in einem Land geboren, das unter anderem vom deportierenden Deutschland kolonialisiert wurde. Die Kolonialisierung wurde von unterworfenen Marionetten hierzulande und in anderen Staaten unterstützt. Dieses Land, das nach dem portugiesischen Wort für Krabben benannt wurde, als die wir offensichtlich auch betrachtet werden, ist vielen als Kamerun bekannt. So verstehe zumindest ich die Gleichsetzung der Menschen mit dem Land. Auch für den Rest der Welt sind wir nichts Besseres als Krabben. Mein menschliches Bewusstsein erlaubte mir damals genauso wenig wie heute, mich in eine Krabbe zu verwandeln und als es mir gelang, mich als Mensch zu reidentifizieren, um als Mensch gesehen und respektiert zu werden, wurde ich politisch verfolgt – selbst nach der engsten Auslegung der deutschen Gesetze – und musste aus dem Zuchthaus und dem „Krabbenland“ fliehen. Darauf zu bestehen, mich und andere vom „Krabben“-Kolonialismus zu befreien und uns unsere menschliche Würde zurückzugeben bedeutet im „Krabbenland“ genauso wie hier, politisch gegen die Regierung zu arbeiten.

Mit der Hilfe von Privatpersonen und Nicht-Regierungsorganisationen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, gelang mir die Flucht über die modernisierten und kolonialisierten Grenzen Kameruns, die 1884 in Berlin errichtet worden waren, nur um dann herauszufinden, dass meine Gedanken, Meinungen und Überzeugungen hier in Deutschland durch die juristische Einordnung als Ausländer, Migrant, Asylsuchender, Flüchtling und so weiter, inklusive nicht gesetzlich fixierter Sonderregelungen ebenfalls unterdrückt werden. Mitte des Jahres 2000 zwangen all die Toten und

Lebenden, manifestiert im Geiste der Menschenrechte, die deutsche Regierung in die Verantwortung. Obwohl sie oft

willkürlich missachtet werden, wurde mir auf der Grundlage internationaler Abkommen, die unter der Schirmherrschaft der UNO unterzeichnet worden waren, in Deutschland der Status eines Flüchtlings gemäß der Genfer Konvention von 1951 zuerkannt. Ich bekam ein Reisedokument der UN ausgehändigt, und ich erhielt in Deutschland eine Aufenthaltsbefugnis. Trotz meiner Anerkennung als Flüchtling zwang mich die Ausländerbehörde der Stadt Darmstadt am 12. August 2002 mit einer Wohnsitzauflage dazu, meinen Wohnsitz allein in der Stadt Darmstadt und nirgendwo anders zu nehmen. Seit vier Jahren

kämpfe ich nun dagegen mit juristischen Mitteln und meinen AnwältInnen. Ich weigere mich, die juristischen Vergleiche anzunehmen, die die Stadt Darmstadt mir vorgeschlagen hat, weil mich diese nicht vor einer durch die Stadt Berlin verhängten Wohnsitzauflage schützen würden und weil sie all den anderen Flüchtlingen nichts nützen. Dieser Kampf hat sehr ernste Konsequenzen für mich. Ich musste zum Beispiel mein Studium in London unterbrechen und weiß nicht, ob ich es jemals werde fortsetzen und zum Abschluss bringen können. Im Augenblick weiß ich nicht, was für weitere Konsequenzen mein juristischer Kampf in der Zukunft für mich haben wird: In den letzten Monaten ist die juristische Auseinandersetzung eskaliert mit dem Ergebnis, dass ich momentan nicht einmal mehr ein gültiges Reisedokument oder eine gültige Aufenthaltserlaubnis besitze und die Berliner Ausländerbehörde mir deshalb strafrechtliche Konsequenzen androht. Ich glaube,

Weitere Verfahren drohen, da die Gerichte sich weigern überhaupt anzuerkennen, dass es ein Problem gibt.

dass an meinem Fall besonders interessant ist, dass ich mich immer im Einklang mit den geltenden Gesetzen verhalten

habe und lediglich von meinen mir garantierten prozessualen Rechten Gebrauch gemacht habe. Der Konflikt eskalierte vor einigen Monaten, weil sowohl die Ausländerbehörde in Darmstadt als auch die in Berlin die Auffassung vertraten, dass das Gericht in Darmstadt eine Fehlentscheidung getroffen habe. Und die Ausländerbehörde Berlin geht darüber hinaus in vier Gerichtsverfahren gegen mich vor, in die sie Unsummen investiert, anstelle meine Registrierung in Berlin zu akzeptieren. Sie haben mehr Geld da rein gesteckt, meine Wohnsitznahme in Berlin zu bekämpfen, als ich sie in den nächsten 10 Jahren an Sozialhilfe kosten könnte. Das Prinzip, dass ein anerkannter Flüchtling seinen Wohnsitz nicht frei wählen kann, ist wichtiger für sie als alles Geld.

Nur, um euch eine Vorstellung der neuesten Aspekte dieses komplizierten Falls zu geben, fasse ich hier einige Aspekte zusammen: Mein Wohnsitz war in Darmstadt, als die Stadt Darmstadt 2002 die Wohnsitzauflage, nach der ich meinen Wohnsitz ausschließlich dort nehmen durfte, erließ. Ich legte dagegen Widerspruch ein und kämpfte immer noch. Im Verlauf des Verfahrens zog ich 2003 nach Berlin, was zu diesem Zeitpunkt legal war. Seitdem bin ich in Berlin gemeldet und erhalte hier Sozialhilfe. Ich habe meine Wohnung hier, meine politische Arbeit und mein soziales Leben. Die Berliner Behörden verlängerten meine Aufenthaltsgenehmigung bis August 2004, trugen diese Verlängerung aber nicht ins bundesweite Ausländerzentralregister ein. Gleichzeitig erließen sie wiederum eine Wohnsitzauflage für die Stadt Darmstadt. Deshalb wurde ich mehrfach verhaftet und eingesperrt. Erst 2006 gelang es meinen AnwältInnen, die Ausländerbehörde Berlin dazu zu veranlassen, die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis formal zu registrieren. Die Verhaftungen und die mit ihnen einhergehenden Umstände haben mich gezwungen, das Universitätsprogramm, an dem ich teilnahm, zu unterbrechen, da dieses als spezielles Austauschprogramm zwischen StudentInnen und akademischen Institutionen in London und in Berlin, wie der Humboldt-Universität und der Freien Universität, stattfindet.

Nach meinem Umzug nach Berlin und aufgrund der Komplexität des Falles brach ein Rechtsstreit darüber aus, welche Ausländerbehörde nun für mich zuständig sei: die in Berlin oder die in Darmstadt. Nach Meinung meiner AnwältInnen war Berlin zuständig. Deswegen beantragte ich Anfang August 2006 bei der Berliner Ausländerbehörde die Verlängerung meiner Aufenthaltserlaubnis, die abzulaufen drohte. Die Berliner Ausländerbehörde weigerte sich die Verlängerung auszustellen mit der Begründung, dass sie nicht zuständig sei und dass ich zurück nach Darmstadt umziehen und dort eine Verlängerung beantragen müsse. An dieser Stelle klagten meine AnwältInnen vor dem Verwaltungsgericht Berlin darauf, zu entscheiden, welche Stadt für mich zuständig sei. Weil ich seit dem 11. August 2006, an dem meine alte Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist, keinen Aufenthaltstitel mehr besitze, aber mein Studium in London fortsetzen möchte, stellten meine AnwältInnen einen Eilrechtsschutzantrag. Bis heute ist über diesen vom Gericht nicht entschieden worden. Stattdessen tat das Gericht alles, mich meiner Rechte zu berauben. Das Gericht selbst stellte fest, dass ich das Recht auf eine sogenannte Fiktionsbescheinigung habe, die zwar nicht so viel wert ist wie eine Aufenthaltserlaubnis, aber mit der ich wenigstens reisen könnte. Als das Gericht bemerkte, dass es mir zumindest die Fiktionsbescheinigung zusprechen müsste, schrieb der zuständige Richter der Berliner Ausländerbehörde und gab den BeamtInnen Anweisungen, was sie zu tun hätten, damit ich auch keine Fiktionsbescheinigung erhalte. Und es funktionierte: die BeamtInnen der Ausländerbehörde machten, was der Richter vorschlug, und ich verlor die juristische Grundlage, auf der mir die Fiktionsbescheinigung hätte erteilt werden müssen. Meine Anwältin reagierte auf dieses Verhalten des Richters mit einem Befangenheitsantrag. Das Gericht gab uns eine 5 seitige Antwort, in der unsere Argumente komplett umgedreht wurden. Darin wurde behauptet, dass der Richter mir durch die Andeutungen an die Ausländerbehörde nur habe helfen wollen und dass überhaupt das Ganze meine Schuld sei, da ich ja die Möglichkeit hätte, wieder nach Darmstadt zu ziehen und dann keine weiteren Probleme hätte. Sie formulierten das so, dass man den Eindruck gewinnen konnte, eine Verlagerung des Wohnsitzes sei nichts als ein Spiel. Meine Wohnung, meine FreundInnen, mein Studium, meine politische Arbeit in Berlin waren ihnen nicht einmal eine Erwähnung wert. Der Fall ist immer noch anhängig und bis zu seinem Abschluss besitze ich keine Dokumente, die mir bescheinigen, dass ich mich legal in Deutschland aufhalte.

Ich habe nicht einmal eine Duldung. Wenn ich irgendwann von der Polizei kontrolliert werden sollte, werden sie mich verhaften, weil ich mich angeblich illegal in Deutschland aufhalte. Zwischen dem 23.6.2003 und heute habe ich mich von Klage zu Klage – insgesamt 11 Stück – gehandelt. Diese 11 Klagen schließen noch nicht einmal die von uns vorgenommenen Eingaben ein und die Mehrheit der Verfahren ist noch immer nicht abgeschlossen. Weitere Gerichtsverfahren drohen, da die Gerichte sich weigern, überhaupt anzuerkennen, dass es ein Problem gibt. Abschließend können wir feststellen, dass all das notwendig war,

Menschenrechte zu missachten. Es gibt dennoch mehrere Gerichte in Deutschland, die gegen die Wohnsitzauflage entschieden haben. So entschied das Verwaltungsgericht München am 11. 6. 2002, dass die willkürliche Wohnsitzauflage eine Diskriminierung von nach der Genfer Konvention anerkannten Flüchtlingen darstellt und die in der Europäischen Konvention über die Menschenrechte fixierten und garantierten Grundfreiheiten verletzt. Sowohl die Genfer Konvention als auch die Europäische Konvention über die Menschenrechte sind für die deutsche Regierung bindend¹. Kürzlich erklärte das Oberverwaltungsgericht

Rheinland Pfalz die Wohnsitzauflage für rechtswidrig.² Es spielt hingegen keine Rolle, wie Menschen, die als sogenannte AusländerInnen betrachtet werden, in Deutschland vom Schutz der Internationalen Gemeinschaft profitieren und profitieren können. Im Gegenteil scheinen diese Menschen durch die Zuordnung der Begriffe „international“ und „Schutz“ vermehrt gefährdet zu sein, wenn sie durch das Verhalten eines vertuschenden Staates leiden, die heiß- und kaltblütigen Verfolgungen durch die Behörden, die Brutalität von Neonazis und der Polizei. In Erwartung eines wie auch immer gearteten Beschlusses, liegen Informationen über andere Fälle sowie ein detailliertes Interview mit meiner Anwältin zur Veröffentlichung und Unterstützung bereit.

Vielen Dank!
Für weitere Fragen stehe ich euch gern zur Verfügung. Ich brauche dringende finanzielle Unterstützung, um die Kosten der Verfahren tragen zu können und würde mich freuen, wenn ihr auf folgendes Konto spenden könntet:

Gaston Ebu,
Berliner Sparkasse,
Kontonummer: 670219240,
Bankleitzahl: 100 500 00

Ihr könnt euch auch per mail an mich wenden actingrights@yahoo.com
Wenn ihr noch weitere Fragen zu meinem Fall habt, könnt ihr euch auch an meine Anwältin wenden: Antonia v.d.Behens, Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin.



Law and Ordner: Freiheit auf deutsch

um eine einzige Wohnsitzauflage zu bekämpfen. Soweit ich weiß, ist Deutschland das einzige Land in der Europäischen Union, das eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge hat. Für die Asylsuchenden, die noch kein Asyl erhalten haben, entspricht dies dem Residenzpflichtgesetz, das ebenfalls willkürlich die Bewegungsfreiheit einschränkt. Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind daher mehrere Klagen gegen die Residenzpflicht anhängig. Der Gerichtshof scheut sich jedoch davor, über die Angelegenheit zu entscheiden, weil das bedeuten würde, dass Deutschland dafür verurteilt werden müsste, internationale Abkommen zum Schutz der

1 M 21 K 02. 1729

2 7 A 10463/06. OVG

Die Guten ins Töpfchen...

... die Bösen ins Kröpfchen? Besonders in den letzten Jahren setzten sich Teile der Linken in Deutschland mit Antisemitismus in den eigenen Reihen auseinander – trotzdem gibt es ihn dort immer noch. Ein Überblick. VON RONA TORENTZ

Was ist Antisemitismus

Antisemitismus lässt sich nicht auf einen reinen „Rassismus gegen Jüd_innen“ herunterbrechen. Wesentlich sind ihm vielmehr Denkstrukturen, die sich heute sowohl in „antikapitalistischen“ Positionen, Verschwörungstheorien, in „Israelkritik“ als auch in Umgangsweisen mit dem Nationalsozialismus wiederfinden. Antisemitismus ist eine in sich geschlossene Welterklärungstheorie, die ganz bestimmten Mustern folgt und die sich nach 1945 „vollends von der realen Gestalt von Jüdinnen und Juden abgelöst hat“¹.

Antisemitismus war noch nie ausschließlich ein Element rechtsextremer Ideologie. Stattdessen sind antisemitische Bilder und Ressentiments tief in der christlich-abendländischen Gesellschaft verankert. Bemerkenswert ist, dass er sich ganz unterschiedlich, je nach Schichtzugehörigkeit, politischer Ausrichtung oder kulturellem Habitus der Antisemit_innen, auszudrücken vermag. Gerade in Deutschland, dem Land der nationalsozialistischen Täter_innen, war Antisemitismus auch in der Linken schon immer existent, egal wie sehr sie sich davon verbal zu distanzieren versuchte.

Böse sind immer nur die anderen

Der Holocaust war keine Tat weniger Menschen. Fast alle Deutschen trugen eine Mitschuld an den nationalsozialistischen Verbrechen – ob sie nun geschwiegen, zugestimmt, gemordet, hingenommen, agitiert oder arisiert haben. Nur einige Wenige waren es, die Widerstand leisteten, die Jüd_innen versteckten um sie vor dem KZ zu bewahren, die sabotierten oder heimlich antifaschistische Flugblätter verbreiteten.

Über die Schuld wurde in den deutschen Wohnzimmern der Nachkriegszeit geschwiegen. Als Reaktion auf dieses Schweigen postulierte die 68er-Bewegung zunächst offensiv die Auseinandersetzung mit der eigenen, nationalsozialistischen Geschichte, die sich jedoch größtenteils auf eine Kritik an einzelnen Personen mit NS-Vergangenheit beschränkte – das Schweigen in den Familien vermochte sie nicht zu brechen. Es gab keine konkrete Auseinandersetzung mit der Entstehung des spezifisch deutschen Antisemitismus und der Singularität des Holocausts – nicht unter Linken und schon gar nicht in der breiten Öffentlichkeit. Wenn von „Faschismus“ die Rede war, so war er meist nur ein Zeichen, das auf etwas anderes verwies: bspw. den „Genozid“ in Vietnam oder die israelische Palästinenser_innenpolitik. Seit den Siebzigern wurde in der Linken vermehrt versucht, sich selbst aus den deutschen Kontinuitäten herauszudefinieren, sich selbst als die „besseren Deutschen“ darzustellen, eben „links“ zu sein. Dazu wurde sich einerseits in die Tradition des kommunistischen Widerstands eingereiht und andererseits neue Täter_innen auserkoren.

Böses Israel

Die „neuen Faschisten“ waren schnell ausgemacht und, das war das Entscheidende, sie waren die Opfer des „alten Faschismus“: die Jüd_innen. Mit der Hinwendung Israels zum Westen nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 war es aus mit der Sympathie der Linken für den jüdischen Staat. Plötzlich war Israel nicht mehr der sozialistische Pionierstaat, als der er immer galt. Er wandelte sich zum „Brückenkopf des US-Imperialismus“. Der damalige israelische Außenminister Moshe Dayan wurde zum „Himmler Israels“² und die Palästinenser_innen zu den „neuen Juden“³. Antizionismus gehörte von nun an nicht nur zum guten Ton, ein großer Teil der Arbeitskapazitäten wurde der Palästina-Solidarität gewidmet. Bundesweit gründeten sich in

den Siebzigern mehr als zwanzig Palästina-Komitees.

Einer der traurigen Höhepunkte linker antisemitischer Aktivitäten war eine Anschlagsserie auf jüdische Einrichtungen in Berlin. Ausgerechnet in der Nacht zum 10. November 1969, genau 31 Jahre nach der „Reichskristallnacht“, beschmierten die „Schwarze Ratten – Tupamaros Westberlin“ jüdische Gedenksteine und deponierten eine Bombe in einem jüdischen Gemeindehaus als Protest gegen den israelischen Staat.

Mit den „neuen Faschisten“ war die Linke vom deutschen Antisemitismus befreit: Schließlich habe sie aus der Vergangenheit gelernt und stünde nun konsequent auf der Seite der „Unterdrückten“, im Gegensatz zu den einstigen Opfern, die nun selbst zu Unterdrückten geworden waren. Die Militanz Israels passte einfach nicht zusammen mit der Vorstellung der damaligen deutschen Linken, dass die einzig richtige Konsequenz aus dem Holocaust nur der Pazifismus sein kann.

Der Antiimperialismus der 70er und 80er Jahre funktionierte nach einem einfachen Prinzip. Die bösen Imperialist_innen (vornehmlich die USA und Israel) standen den guten Antiimperialist_innen (alle möglichen „nationalen Befreiungsbewegungen“) gegenüber, wobei letztere der politischen Solidarität würdig galten. Für Teile der Linken, vor allem solche aus dem sogenannten antiimperialistischen Lager, gilt dies so oder so ähnlich bis heute.

Das Gegenteil von gut ist gut gemeint

Schlussendlicher Anlass für ein Umdenken auf breiterer Ebene in der Linken waren die zunehmenden Diskussionen um eine Positionierung im ersten Golfkrieg 1991. Im Zuge dessen nahm u.a. die Zeitschrift Konkret zum ersten Mal eine pro-israelische Haltung ein, woraufhin über tausend Leser_innen ihre Abos kündigten. Vor allem folgende antideutsche Diskurse über Antisemitismus innerhalb der Linken trugen zu einer weiteren Reflexion über antizionistische Positionen bei, die meist nur Deckmantel für latent vorhandenen Antisemitismus sind.

Aber ist denn nun jede Israel-Kritik antisemitisch? Einige Autor_innen haben versucht Kriterien zu formulieren, ab wann sie als solche gälte: 1. Das Existenzrecht Israels wird nicht anerkannt. 2. Die israelische Politik wird mit NS-Politik gleich gesetzt. 3. Die israelische Politik wird mit einem extra Maß gemessen. 4. Allen Jüd_innen wird die Verantwortung für die israelische Politik gegeben. Für die Beurteilung der Motive von Israel-Kritiker_innen macht eine Festlegung von Kriterien durchaus Sinn. Anders verhält es sich jedoch, wenn man sich mit der Wirkung beschäftigt, die antizionistische Haltungen in der Öffentlichkeit entfalten. Diese fallen hier immer auf dankbaren Boden. Sie stützen den gängigen deutschen Abwehrkomplex, der sich der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit verschließt und überall außerhalb Deutschlands neue, manchmal noch schlimmere!, Nazis ausmacht. Die deutsche Öffentlichkeit interessiert sich nämlich immer dann ganz besonders für die Unterdrückung einer „Bevölkerungsgruppe“, wenn es sich um die palästinensische handelt. Dagegen finden bspw. ethnisierte Konflikte in ande-

¹ Grigat, Stephan: Antisemitismus und Fetischismus, Kritische Theorie zur Basisideologie der bürgerlichen Gesellschaft. aus: Weg und Ziel, 3/1999

² Ulrike Meinhof

³ taz



Foto: Juri Eber / Agentur Ahron

Auf einer Friedensdemonstration in Berlin am 12.08.2006 protestierten mehrere tausend Menschen gegen den Libanon-Krieg. Dabei wurden Palästina-Fahnen geschwenkt, antizionistische Transparente und Intifada-Solidaritätsbekundungen gezeigt. Zur Demonstration aufgerufen hatten auch linke Organisationen wie Linksruck, ver.di Berlin, Linkspartei, WASG, DKP, Demokratische Linke, SAV und Gruppen der Friedenskoordination.

ren Staaten wie Sri Lanka oder Ruanda kaum Beachtung. Vor diesem Hintergrund nützen auch zig Abgrenzungen zum Antisemitismus herzlich wenig, wenn man anti-israelische Ansichten im deutschen Kontext publik macht.

Böse Kapitalist_innen

Linker Antisemitismus ist aber auch noch in einem anderen Bereich ein Thema. Die sogenannte „verkürzte Kapitalismuskritik“, wie sie auch in der globalisierungskritischen Bewegung zu finden ist, weist eine ähnliche Denkstruktur auf wie die des modernen Antisemitismus.

„Verkürzt“ wird sie deshalb genannt, weil sie nicht das gesamte System kapitalistischer Herrschaft in den Blick nimmt, sondern lediglich das Finanzkapital einer Kritik unterzieht. So schreibt Attac Deutschland in ihrer Selbstdarstellung: „Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord und Süd. Motor dieser Art von Globalisierung sind die internationalen Finanzmärkte. Banker und Finanzmanager setzen täglich Milliardenbeträge auf den Finanzmärkten um und nehmen über ihre Anlageentscheidungen immer mehr Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung.“⁴ Das Übel des Kapitalismus wird in den „internationalen Finanzmärkten“ ausgemacht, die – so eine zentrale Forderung Attacs – reguliert werden müssen.

Damit einher geht eine Personalisierung ganz unpersonaler Verhältnisse. Es sind in dieser Position nicht nur „die Finanzmärkte“, die das Schlechte in die Welt bringen, es sind vor allem „Banker und Finanzmanager“, eben Kapitalist_innen. Diese werden dann vorzugsweise, ganz dem antisemitischen Stereotyp des „jüdischen Kapitalisten“ folgend, als zigarrenrauchende, fette Männer in Anzug dargestellt. Bereits Marx wies im Vorwort zum Kapital darauf hin, dass der Einzelne schlecht für Verhältnisse verantwortlich gemacht werden kann, „deren Geschöpfer er sozial bleibt“, denn „es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind“⁵. Zirkulations-

und Produktionssphäre lassen sich nicht grundsätzlich voneinander lösen: stattdessen schafft zum Beispiel erst die Möglichkeit, durch Aktienkäufe über große Geldmengen zu verfügen, das nötige Investitionskapital eines (Produktions-) Unternehmens. Eine umfassende Kapitalismuskritik rückt die kapitalistische Logik als solche ins Zentrum, der alle unterliegen. Wer unter den Konkurrenzverhältnissen nicht einspart und effektiviert wo es nur geht, verliert sein Kapital, seine Marktanteile, seine Existenz. Das hat nichts mit der individuellen Gier eines Kapitalist_innen zu tun, sondern schlicht und ergreifend mit dem Wesen des real existierenden Kapitalismus.

Das Gefährliche an dieser verkürzten Analyse ist nicht nur, dass sie schlichtweg falsch ist, sie bietet eine offene Flanke zum Antisemitismus. Seit dem Hochmittelalter hält sich das antisemitische Stereotyp vom „Juden“ als „Zinswucherer“ und „faulen Kapitalisten“ hartnäckig. Otto Glagau, ein antisemitischer Publizist des 19. Jahrhunderts, schrieb 1879: „... die grässliche Ausbeutung des Volkes [geschieht] weit weniger durch die Großindustrie als durch Schacher und Wucher, Börsen- und Gründungsschwindel, Münzoperationen und Banknotenfabrikationen.“⁶

Es ist diskutabel, wie sehr sich „strukturell antisemitisch“ als Beschreibung für eine verkürzte Kapitalismuskritik eignet. Hanloser⁷ vertritt die Position, dass erst die Personalisierung und Identifizierung eines bestimmten Aspekts des kapitalistischen Verhältnisses mit „dem Juden“ antisemitisch ist. Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass eine Kapitalismuskritik, die lediglich das Finanzkapital in den Blick nimmt und kapitalistische Verhältnisse personalisiert, das Tor für antisemitische Positionen sperrangelweit öffnet. Bereits jetzt kommt es in den Reihen der Globalisierungskritiker_innen immer wieder zu einer Dämonisierung der „amerikanischen Ostküste“⁸, der „Wall-Street“ und den „transnationalen Multis“. Zur Identifikation des bösen Finanzkapitals mit den Jüd_innen ist es dann nicht mehr so weit. Genau das ist auch der Grund, weshalb die globalisierungskritische Bewegung immer häufiger von Neonazis umworben wird.

4 Attac Deutschland: Attac – eine Bewegung im Aufbruch, <http://www.attac.de/ueber-attac/was-ist-attac/>

5 Marx Engels Werke, Band 23, Karl Dietz Verlag: Berlin, 1962: S. 16

6 Glagau, Otto: Antisemitismus als Lösung der sozialen Frage (1879), aus: Vorurteile gegen Minderheiten. Antisemitismus, Reclam: Ditzingen, 1978: S. 50

7 Hanloser, Gerhard: Kapitalismuskritik und falsche Personalisierung, aus: analyse+kritik 499, http://www.akweb.de/ak_s/ak499/02.html

8 Im deutschsprachigen Raum wird die „amerikanische Ostküste“ mit dem antisemitischen Mythos einer angeblich dort ansässigen jüdischen Lobby in Verbindung gebracht.

Abfahrt April 2008

Alle paar Jahre darf die aktuelle Studierendengeneration entscheiden, ob die nachfolgenden ein Semesterticket haben werden, oder nicht. In diesem Jahr ist es wieder einmal so weit. VON DANIEL KRETSCHMAR

1. Zusammenfassung

Seit wir im Sommersemester 2003 das erste Semesterticket in den Händen hielten, ist der Fahrschein für angehende AkademikerInnen vor allem eines geworden: teuer. Der aktuelle seit 2004 bestehende Vertrag läuft mit dem Wintersemester 2007/2008 aus. Wegen der bekanntermaßen langen Fristen, die durch die Beteiligung unzähliger VertragspartnerInnen¹ bis an ihre Grenzen gedehnt werden, sind die Verhandlungen zur Verlängerung des Vertrages bereits in vollem Gange. Einschränkend kann vielleicht gesagt werden, dass es sich gar nicht um Verhandlungen im traditionellen Sinne handelt, mehr um die Entgegennahme verkehrsunternehmerischer Verlautbarungen durch die studentischen VertreterInnen. Das Angebot der Verkehrsunternehmen beinhaltet im wesentlichen die Fortführung des bisherigen Vertrages mit einer eingebauten etwa dreiprozentigen Preissteigerung pro Jahr, die das Ticket zum Sommersemester 2010 über die 160er² Grenze schicken würde. Dieser Tarif wurden so vom Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) beschlossen³, und zwar nicht als mit den Studierenden zu verhandelnde Idee, sondern als nicht verhandelbare Mitteilung des Tarifs.

Bis auf marginale Korrekturen an der Vertragsgestaltung ergibt sich also kein großer Spielraum für die Studis, vor allem nicht in Preis und Gültigkeit. Die VertreterInnen der Studierendenschaften haben die Wahl: Unterschreiben, oder nicht unterschreiben. Friss oder stirb!

2. An offer, they could not refuse...

Bereits zu den Verhandlungen über das derzeitige Ticket zeigten sich die Verkehrsunternehmen von ihrer sturen Seite. Das damalige Preisangebot hielt nicht einmal ihrem eigenen, wie ein Staatsgeheimnis gehüteten, Gutachten stand, was aber niemanden anfocht. Machtwort, Basta! Studierende hatten gerechnet, diskutiert, die Erstellung eines eigenen Gutachtens erwogen (das jedoch nur mit den vom VBB gelieferten Zahlen hätte arbeiten können) und schließlich sogar in Urabstimmungen gegen die unglaubliche Erhöhung gestimmt, der VBB jedoch blieb dabei: unser Preis, oder kein Ticket. Darauf wurden die Urabstimmungen wiederholt, und siehe da, die Studierenden hatten sich als würdige PartnerInnen erwiesen: sie knickten auf der ganzen Linie ein. Lediglich die KommilitonInnen an der FU verpassten (im Wortsinne gewissermaßen) den Zug und mussten ein Semester ohne Ticket auskommen, danach unterschrieb der AStA den Vertrag, um der Steinigung durch die wundersam vermehrten BefürworterInnen des Semestertickets zu entgehen. Die Verhandlungsposition der Studierendenschaft hat sich seitdem nicht merklich gebessert; eine absurde Situation angesichts des Gesamtvertragsvolumens in Berlin von fast 100 Millionen Euro.

3. Das derzeitige Ticket

Mit jeder Rückmeldung zahlen wir 145 Euro, um ein halbes Jahr mit der Ringbahn im Kreis fahren zu können. Das ist, gemessen am sonst fälligen Monatspreis für ein Azubi-Ticket ABC von 62,50 Euro vergleichsweise billig. Bedenken wir jedoch, dass Studierende in jener Zeit, als es noch kein Semesterticket gab, gar nicht jeden Monat so ein Ticket kauften, weil sie beispielsweise in der vorlesungsfreien Zeit daheim im Rheinland, Mecklenburg oder dem Taunus über ihren Hausarbeiten brüteten, und gehen wir außerdem davon aus, dass es sich noch immer so verhält, dann wird der geldwerte Vorteil gleich weniger attraktiv. Zu berechnen ist das ohnehin ganz schwierig, der VBB hat den Versuch 2004 mit einem Gutachten gemacht, musste aber selbst einräumen, dass dieses nicht ganz die gewünschten Zahlen bestätigte. Als die Verhandlungsbevollmächtigten der Studierendenschaften nachrechneten, kamen sie unter Verwendung der Zahlen ihrer VerhandlungsgegnerInnen zu dem Ergebnis, dass das Ticket zum Wintersemester 06/07 höchstens 122 Euro würde kosten dürfen, um einnahmeneutral kalkuliert zu sein. Die Differenz zum Preis auf unseren Rückmeldezahrschein beträgt stolze 23 Euro. Wie kommt denn das?

4. Einnahmeneutral⁴

Kurz gesagt: die berliner Studierenden subventionieren die BVG. Die ursprüngliche Idee hinter dem Semesterticket⁵ war einfach und schön: Viele (aber nicht alle) Studierende nutzen den öffentlichen Nahverkehr. Die lokalen Verkehrsunternehmen profitieren von dieser Nutzung in Form einer bestimmten Menge verkaufter Fahrscheine. Die dabei eingenommene Summe soll über ein Ticket für alle Studierenden aufgebracht werden, was den Verkehrsunternehmen eine Menge Arbeit in Verwaltung und Service spart, gleichzeitig den Studis preisgünstig Bus und Bahn als Transportmittel erhält und denen, die bisher lieber zu Fuß gegangen sind, eröffnet. Alle Seiten gewinnen, die Umwelt sowieso. Das Ganze funktioniert nur als Solidarmodell, häßlich gesprochen: als Zwangsticket, da die Gesamteinnahmen ja nicht sinken dürfen und ein freiwilliges erworbenes Ticket im Preis kaum kalkulierbar wäre. Der Vereinbarung liegt offensichtlich die Annahme zu Grunde, dass die übergroße Mehrheit der Studierenden das Ticket gut gebrauchen kann, oder bei Nichtnutzung zumindest genug Geld hat, um nicht wegen dieses Solizuschlags der besonderen Art zu verhungern. Über diese Parameter hat es nie ernsthaften Streit gegeben. Sehr vereinzelte Stimmen unter den Studierenden fanden die Idee nicht so gut, die übergroße Mehrheit jedoch begrüßte noch jedes Ticket mit überwältigenden Mehrheiten in den Urabstimmungen landauf, landab. Allerdings gibt es ein Problem, das interessanterweise

¹ 25 Studierendenschaften stehen noch einmal deutlich mehr, im VBB zusammengefasst, Verkehrsunternehmen gegenüber

² 163,50 Euro; SoSe 2011: 168 Euro

³ Aufsichtsratssitzung vom 6. Dezember 2006

⁴ Es wird häufig irreführend der Terminus -kostenneutral- verwendet. Irreführend ist er deshalb, weil sich Verkehrsbetriebe und Studierende ja nicht darauf verständigt haben, ein kostendeckendes Ticket einzuführen, sondern eines, dessen Gesamtverkaufsumme in etwa den vorherigen Einnahmen aus dem Verkauf der verschiedenen Einzel- und Zeitfahrtscheinen an Studierende entspricht. Diese Einigung ist bedauerlicherweise nur informell und deshalb nicht einklagbar.

⁵ Zuerst eingeführt in Darmstadt 1991



Noch eingerostet – bald wieder Druckmittel gegen die BVG

vor allem in größeren Städten wie Frankfurt/Main, Hamburg und Berlin auftritt: Die Verkehrsbetriebe sehen das Semesterticket nicht nur als Verschiebung eines Postens im Haushalt (von Einnahmen-Azubiticket zu Einnahmen-Semesterticket), sondern als Quelle zusätzlichen Geldsegens. Die Verkehrsbetriebe sind zum Teil hoch verschuldet, die BVG, als Teilunternehmen des VBB unser wichtigster Vertragspartner, hat jährlich Zinszahlungen im zweistelligen Millionenbereich zu leisten. Derweil kürzt der Senat die Zuschüsse zu seinem Unternehmen, gewürzt mit der Aufforderung, endlich rentabel zu arbeiten, verbietet aber gleichzeitig ganz populistisch die Anhebung der Fahrpreise⁶, was so ziemlich die einzige Stelle ist, an der so ein Verkehrsunternehmen versuchen kann, die Einnahmen zu erhöhen. Da kommen die Studierenden ganz recht. Die zusätzlichen Einnahmen durch eine ansonsten ungerechtfertigte Erhöhung des Semesterticketpreises können gut zur Zinstilgung verwendet werden. Lehnen die Studierenden das Ticket ab, bleibt wegen der Rückkehr zum Azubiticketmodell zumindest der solide Sockel an Einnahmen. Das Ticket selbst wird von den Verkehrsbetrieben nur mit Freuden begrüßt, wenn es mit dem „kleinen bisschen extra“ daherkommt. Verlieren können sie nicht wirklich dabei, deshalb verhandelt's sich so schlecht mit ihnen.

5. Schon auf der anderen Seite des Tisches?

Ohne Spielraum, ohne Verhandlungsmasse, ohne Druckmittel und mit der traurigen Erinnerung an die Doppelurabstimmungen in 2004 im Rücken, was bleibt da noch zu tun? Wenn ein „Nein!“ bei der Urabstimmung niemanden beeindruckt, wie können Studis vermeiden, schon über den Tisch gezogen zu werden, bevor sie sich überhaupt daran gesetzt haben? Abwägen und nüchtern entscheiden zum Beispiel.

Zweifellos ist das Semesterticket ein vergleichsweise günstiges Angebot zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Wenn dieses Angebot denn überhaupt wahrgenommen wird oder in Zukunft wahrgenommen werden muss.

Ebenso zweifellos sind 150, 160 oder auch 170 Euro eine ganz schöner Batzen Geld, der bei der Rückmeldung hingelegt werden muss. Wenn Geld denn überhaupt von Bedeutung ist oder die Sorge um jene, denen es daran mangelt, nicht problemlos verdrängt werden kann.

Kritikwürdig ist die nicht ganz einwandfreie private Subventionierung eines öffentlichen Unternehmens. Wenn es nicht ohnehin als vernünftiger angesehen wird, den Nahverkehr zu privatisieren.

Eine Farce sind das Gutachten von 2004, wie auch die Verhandlungen von 2007. Was natürlich nur mit einer gewissen Prinzipienfestigkeit von Interesse ist.

Diese Punkte und vielleicht auch ganz egoistisch Kosten gegen Nutzen aufrechnend lässt sich nebenbei noch eine Unbekannte berücksichtigen: der politische Wille. Nicht nur jener der Studierenden, der ist im Zweifelsfalle nicht gar so gewichtig, aber der des Senats schon. Dort ist das Semesterticket gewollt. Wie eine standhafte Ablehnung aus den Reihen der Studierenden dort bewertet würde, ist tatsächlich nicht klar. Die Einflussnahme auf den VBB zugunsten der Studierenden ist zumindest nicht ausgeschlossen. Verlassen kann man sich jedoch nicht darauf. Es bleibt also dabei: Verhandlungsmacht kann nur gewonnen werden, wenn die Studierenden wissentlich, geplant und ohne Rückzieher zu machen, bereit sind, im Zweifelsfalle auf das Semesterticket zu verzichten.

6. Werbeblock

In den kommenden Wochen und Monaten wird der neue Vertrag im Detail vorliegen und diskutiert werden. Neben den Preisanpassungen mit kleinen Änderungen versehen, wird er von den Organen der Studierendenschaft zur Kenntnis genommen werden, seufzend, glücklich oder gleichgültig durchgewunken und wahrscheinlich einer Urabstimmung zur Entscheidung vorgelegt.⁷ Es wird Vollversammlungen zur Information geben, es wird über die Höhe des angepassten Sozialfondsbeitrages gestritten werden. An all diesen Punkten, besonders an der Urabstimmung ist größtmögliche Beteiligung von Nöten. Die in Frage stehende Summe und die zu erwartenden Folgen der Entscheidung verlangen eine klare Meinungsbildung, die keine Anfechtung zulässt und den neuen Vertrag unter vorheriger Kenntnis aller potentiellen Probleme entweder mit deutlicher Mehrheit annimmt oder ablehnt.

Daniël Kretschmar ist der Semesterticketbeauftragte des ReferentInnenrates der HU Berlin

⁶ So die letzte angestrebte Tarifanpassung in 2006

⁷ Es besteht Uneinigkeit darüber, ob für die Verlängerung des Vertrages eine Urabstimmung formal nötig ist. Angesichts der großen zu verhandelnden Summe und der langen Vertragslaufzeit lässt sich aber durchaus argumentieren, dass es politisch vernünftig ist, alle Studierenden direkt in den Entscheidungsprozess einzubinden

watchyourasta.de.vu

Eine Website wird in Zukunft die Geschehnisse in StuPa und AStA der TU Berlin dokumentieren, die im Oktober von einem recht-konservativen Bündnis übernommen wurden. Bis die Seite vorraussichtlich im Laufe der Woche online geht, werden ihre AutorInnen einiges abzutippen haben. Eine Collage.¹

CDU/RCDS-Mehrheit im Stupa der TU setzt Abschaffung studentischer Interessenvertretung durch!

Seit dem 31. Oktober 2006 wird die Mehrheit im Studierenden-Parlament (StuPa) vom Ring Christdemokratischer Studenten (RCDS) und den sogenannten „Unabhängigen Listen“ gestellt. Dies ist die Konsequenz aus den Wahlen zum Stupa, an denen sich im Juni 2006 etwa 6% der TU-Studierenden beteiligt haben. Das neue Studierenden-Parlament hat nun den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) neu gewählt und RCDS-Mitglieder als ReferentInnen eingesetzt. Die Auswirkungen dieser Wahl und der neuen Konstellation im Stupa betreffen nunmehr alle Studierenden der TU.

Ziel der derzeitigen Politik des CDU-nahen RCDS scheint dabei, entgegen allen anders lautenden Selbstdarstellungen, die (Selbst)-Abschaffung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses zu sein, also eben jenes Organs, welches die Interessen der Studierenden gegenüber der Universitätsleitung vertritt. Erreicht werden soll dies anscheinend durch eine bewusst herbeigeführte Zahlungsunfähigkeit, und/oder der Zerschlagung der AStA-internen Infrastruktur, nebst Einstellung aller Beratungs- und Serviceangebote, bis hin zur Veräußerung der Räumlichkeiten des AStA oder dem Verkauf der Druckerei.

So will das neue Stupa den von jedem Studierenden pro Semester zu entrichtenden Beitrag für den AStA von 7 Euro auf 4 Euro senken. Die Abschaffung des Sozialfonds für das Semesterticket und die Streichung der Darlehen an weniger wohlhabende Studierende sind bei dieser Kürzung sozusagen „im Preis mit inbegriffen“. Mit dem Argument die Studierenden von Zwangsbeiträgen befreien zu wollen, läßt sich dies allerdings nicht mehr erklären, wenn

mensch weiß, dass der RCDS Studiengebühren in Höhe von mehreren hundert Euro befürwortet.

Diese Beitragsänderung hätte mit Sicherheit die Zahlungsunfähigkeit des AStA zur Folge. Nicht nur die kostenlosen, unabhängigen Studierenden-Beratungen, die vom AStA geleistet werden, stünden dadurch vor dem aus, sondern auch die vielfältigen studentischen Initiativen, die bisher vom AStA logistisch, finanziell und beratend unterstützt wurden. Dadurch würde zum einen die Tätigkeit der selbstorganisierten Fachschaftsinitiativen und anderer studentischer Gruppen erheblich eingeschränkt, gleichzeitig stünden die Studierenden ohne eine kompetente Interessenvertretung da.

Die sogenannten „unabhängigen Listen“ sind für diese Kürzungspolitik des AStA keinesfalls nur „mitverantwortlich“, sondern beteiligen sich aktiv an allen Vorhaben. So wurde die Haushaltsvorlage für die neue Beitragsordnung (mit den erwähnten Kürzungen) maßgeblich von Andreas Seeringer, dem Vorsitzenden der „Unabhängigen“ ausgearbeitet. Und ebenso wie beim „echten“ RCDS werden diese Listen fast ausschließlich von männlichen Studierenden der Wirtschaftswissenschaften angeführt. Geisteswissenschaftliche Fachbereiche werden durch das derzeitige StuPa an der TU genauso minimal vertreten wie Frauen oder ausländische Studierende.

Mit der inhaltlichen Ausrichtung des RCDS werden also sozial Schwache, wie auch jene, welche ohnehin in Studium und Forschung benachteiligt sind, noch weiter ausgegrenzt und ihre organisierte Interessenvertretung in Form des AStA zerschlagen.

Des Weiteren drängt sich in letzter Zeit der Eindruck auf, dass die anfangs so selbstbewusst auftretenden ChristdemokratInnen einige organisatorische Probleme haben. Der Beschlusssentwurf zum neuen Haushalt (beinhaltend die Kürzungen) war bis zur beschlussgebenden Sitzung nicht erhältlich und der Termin für die AStA-Sitzungen wechselt beinahe jede Woche. Auf einer dieser ominösen Sitzungen wurde angeblich bereits der Verkauf der AStA-Druckerei beschlossen – nur durch einen Versprecher gelangte dies an die Öffentlichkeit. Angeblich wurden auch „Vollversammlungen“ für die Neuwahl der autonomen Referate abgehalten – nur dass es dazu keinerlei öffentliche Ankündigungen gab, was satzungsgemäßes Vorgehen gewesen wäre. Damit entlarvt der RCDS die eigenen Forderungen nach Transparenz aus Oppositionszeiten als pure Polemik und pervertiert sie ohne Rücksicht auf Satzung und Studierende.

Eine derartig destruktive Politik ist nicht weiter hinnehmbar. Damit interessierte Menschen und die Presse sich über die Machenschaften und Fehlritte des rechten Nachwuchses auf dem Laufenden halten können, wird unter watchyourasta.de.vu im Laufe der Woche eine Seite online gehen, die alles bedenkliche dokumentieren wird, was im Studierendenparlament und im AStA der TU passiert und passierte. So wie es im Moment aussieht, werden nicht einmal begleitende Kommentare notwendig sein, um die Burschenschaftler und ihre Freunde und eineInnen zu diskreditieren. Ihre Handlungen sprechen für sich.

¹ Der hier präsentierte Text entstand durch die redaktionelle Zusammenstellung und Bearbeitung diverser Beiträge und Pressemitteilungen die uns im Laufe des Monats zu diesem Thema erreichten.



Die Studierenden an der TU haben nun schwer an ihren Kreuzchen zu tragen

Nullen für die Bildung

Bis 2010 wollen Bund und Länder gemeinsam rund 90.000 neue Studienplätze schaffen. Für den Hochschulpakt 2020, der zum Wintersemester 2007/08 in Kraft treten soll, stellen beide Seiten je 565 Millionen Euro zur Verfügung. Allerdings ist zweifelhaft, ob die 1,13 Milliarden Euro ausreichen werden, nachdem von den selben AkteurlInnen in den letzten Jahren Millionen Euro dafür ausgegeben wurden Studienplätze abzubauen. VON UDO VAN LENGEN

Wäre es bei der Föderalismusreform des vergangenen Sommers nach den Willen der Ministerpräsidenten der Länder gegangen, hätte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an diesem regnerischen 13. Dezember in Fotoalben blättern oder Weihnachtsgeschenke besorgen können – die Länder hätten das alleinige Sagen in der Hochschulpolitik gehabt. Doch die Regelung wurde vom Bundestag gekippt. Also saß Merkel am Verhandlungstisch im Kanzleramt zwischen 16 streitenden Länderchefs. Merkels Auftrag: Allen Ministerpräsidenten ein „Ja“ zu dem gemeinsamen Vorhaben abzutrotzen, 90.000 Studienplätze zu schaffen. Ein „Nein“ eines Ministerpräsidenten hätte ausgereicht, um den Hochschulpakt 2020 zu kippen.

Als besonders starrsinnig erwies sich der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit (SPD). Nachdem alle Länder ihren Segen zum Pakt gegeben hatten, stellte er neue Forderungen. Erhalte Berlin wie vorgesehen vier Prozent der Bundesmittel, könne sein Land nur 18.400 statt 19.500 neue Studienplätze pro Jahr¹ finanzieren. Für 19.500 Studienplätze müsse Berlin ein dickeres Stück vom Paktkuchen zugeteilt bekommen, verlangte Wowereit. Berlin habe im Jahr 2005 noch 22.000 Studienplätze angeboten, erinnerten die Länderchefs den Bürgermeister. Jan-Hendrik Olbertz, parteiloser Wissenschaftsminister aus Sachsen-Anhalt, knurrte: „Berlin will mit Bundesgeldern Studienplätze abbauen. Das ist aus Sicht der anderen Länder nicht sexy.“ Der Gegenwind aus den Ländern und die international gerühmten Vermittlungskünste der Bundeskanzlerin (sie hat schon festgefahrene Verhandlungen um einen EU-Haushalt gerettet) brachten Wowereit am Ende doch noch zum Einlenken.

Mit den neuen Studienplätzen soll die bevorstehende Erstsemesterwelle aufgefangen werden. Es sind die Kinder der Bayboomer-Generation, die an die Unis strömen. Die 90.000 Studienplätze, für die Bund und Länder 1,13 Milliarden Euro bereit stellen wollen, entsprechen dem zusätzlichen Kapazitätsbedarf, den die Kultusministerkonferenz (KMK) – allerdings ohne den Studienplatzabbau zu berücksichtigen - bis 2010 prognostiziert hat. Für die Jahre 2011 bis 2014 rechnet die KMK mit einem noch stärkeren Ansturm. Dann werden jährlich 40.000 zusätzliche Plätze gebraucht. Erst ab dem Jahr 2020 wird in Deutschland die Zahl der SchulabgängerInnen und damit voraussichtlich auch der ErstsemesterInnen zurückgehen.

Nach der Einigung im Kanzleramt herrschte Kaiserinnenwetter im Regierungsviertel: Merkel sprach

von einer guten Kooperation zwischen Bund und Ländern. Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) freute sich, dass die Neuregelung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern durch die Föderalismusreform eine erste Probe bestanden habe. Der Hochschulpakt soll zum Wintersemester 2007/2008 in Kraft treten. Bis März 2007 stimmen die Länder ihre Ausbauplanungen ab und arbeiten zusammen mit dem Bund die Förderdetails aus. Im Juni 2007 sollen dann die RegierungschefInnen von Bund und Ländern das Vertragswerk absegnen.

Ob die Mittel des Hochschulpaktes ausreichend sind, ist indes fraglich. Wissenschaftsminister Olbertz bestätigte Berechnungen des Berliner Tagesspiegels, denen zufolge das Geld für den Hochschulpakt allein nicht für die Bewältigung des Studierendenansturms ausreichen wird. Aus Berechnungen der Kultusministerkonferenz gehe hervor, dass für ein vierjähriges Studium pro Jahr 22.000 Euro nötig seien, 5.500 Euro pro Jahr. Das bedeute für 90.000 zusätzliche Studierende einen Mehrbedarf von 2 Milliarden Euro. Vorgesehen seien aber nur 1,13 Milliarden. Durch die Unterfinanzierung des Hochschulpaktes stünden pro Studienplatz nur 3.103 Euro im Jahr statt der von Bund und Ländern berechneten 5500 Euro zur Verfügung. Plätze in der Mathematik oder in den Naturwissenschaften kosten 6.810 Euro im Jahr, in den Ingenieurwissenschaften gar 7420 Euro.

Angesichts des seit Jahren fortschreitenden Abbaus von Studienplätzen, der miesen Betreuungssituation und des Platzmangels an den Unis, mutet dieser Hochschulpakt reichlich absurd an. Diese Art von Scheinaktionismus wird nicht einmal ausreichen den status quo zu erhalten, in dem ohnehin wesentlich weniger Menschen studieren können als wollen. Für den Abbau von Ausschlussmechanismen und eine reale Verbesserung von Lehre und Studium ist wie üblich kein Geld und politischer Wille vorhanden.



Foto: Kent Wang

Hauptsache sieht toll aus – im Kern steckt immer noch der Sparwille

¹ Gemeint sind hier Studienplätze für ErstsemesterInnen, Uni-wechslerInnen und ähnliche. Ihnen kann natürlich eine größere Zahl an Studienabschlüssen und -abbrüchen gegenüberstehen. In der Tat ist die Gesamtzahl der Studienplätze in Berlin seit einigen Jahren rückläufig.

Plug in or Cut it out

Ein Pro, Ein Kontra, Ein Thema, zwei Ansichten



Foto: www.public.iastate.edu

Operation: Weihnachten abschaffen
VON HUSKY

Nicht schon wieder dieses triviale Thema. Als systemkritische Personen in alternativen Szenen empfinden wir Weihnachten vielleicht als eine konsumorientierte und die bürgerliche Kleinfamilie stärkende Angelegenheit mit christlichem Hintergrund. Aber dass dieses überholte Brauchtum auch in Berliner „linken“ Szenen noch eine Rolle spielt und nur zwischen den Weihnachtsfesten radikal thematisiert wird, zeigen jährliche Abwanderungswellen zu dieser Zeit. Nicht nur Leute, die kein Problem mit Traditionen haben, unterwerfen sich zu Weihnachten bestimmten Regeln.

Weihnachten kann einiges abgewonnen werden, dennoch gibt es viele Aspekte die dagegen sprechen, an eben diesen geladenen Tagen in alte Umgebung und Verhaltensweisen zurückzufallen. Wenn wir alle in unsere Käffer zurückkehren, ob diese jetzt Nürtingen, Bayreuth, Hohenschönhausen, Anklam oder Neuruppin heißen, aus denen wir mit guten Gründen nach Berlin geflohen sind, treffen wir nicht nur die Familie wieder. Das wollen oder müssen wir gelegentlich und wann haben wir schon Zeit dafür? Sondern wir sehen auch die anderen ExilantInnen unserer Jugendzeit, die, wie wir, Weihnachten nicht um einen Besuch bei den Eltern herumkommen oder ihre alten FreundInnen wiedertreffen wollen. Doch schon nach einer Weile können wir den familiären Kontext genauso wenig ertragen, wie sich ständig wiederholende Streitpunkte oder das verhaltene Augenrollen beim Treffen mit den alten FeundInnen. Wir wollen sie treffen, aber kommen nicht mit ihnen zurecht. Nicht selten sind es Kleinigkeiten, die uns einerseits verzweifeln lassen, andererseits jedoch relativ wehrlos machen, da wir ja pflegen und nicht brechen wollen.

Da gibt es den Exfreund aus der Jugendzeit, der dem Kuschtierberg im Keller ein neues Exemplar hinzufügt. Die Freundin, mit der bisher Kontakt gehalten wurde, zeigt stolz ihren Verlobungsring, da es „diesmal der Richtige“ ist und ihren „schon im achten Monat“ Bauch. Auch zum Thema Gender haben alle was zu sagen, es seien ja biologische Unterschiede in neuesten wissenschaftlichen Studien herausgefunden worden. Aber all das könnten wir unseren ehemaligen Beziehungen oder Freundschaften vielleicht noch verzeihen, wenn wir nicht ständig mit guten Tipps für unser Leben überhäuft werden würden. Der frühere Grufti-Kumpel erklärt uns, warum unser Karma so schlecht sei und

wir nicht anständig geerdet leben. Ob wir wüssten, dass vegetarische Ernährung zu Mangelerscheinungen führt. Wir versuchen verzweifelt wieder festen Grund unter die Füße zu bekommen und gehen erschöpft zurück zum Familienessen. Dort werden wir nach Studienfortschritten, EnkelInnen oder ähnlichem gefragt und wenn nicht, weil es ja an Weihnachten nett für alle sein soll und Streit die Harmonie stören würde, werden uns Getränke und Essensberge aufgezwängt... So richtig will sich der gewünschte Genuss nicht einstellen, aber das kann ja auch an uns und unserer mangelnden Geduld, bzw. Vermittlungsebene liegen. Wir versuchen es, es gibt doch so viele Gründe es zu versuchen, wir versuchen es. Nicht zu vergessen, dass nicht wenige von uns auch noch ökonomische Abhängigkeiten zu ihren Familien berücksichtigen müssen. Außerdem haben wir unsere gesamte Kindheit und Jugend mit diesen Menschen verbracht, wieso klappt es also nicht? Wir versuchen doch, uns den Problemen zu stellen. Immerhin ist Kommunikation und Außenwirkung immer ein wichtiges Thema für uns gewesen. Warum stellen wir uns also den Herausforderungen des Lebens, der eigenen ungewählten Familie anstelle ausschließlich in unseren mehr oder weniger funktionierenden Enklaven der eigenen Szene oder Wahlfamilien zu leben? Es wäre doch so viel sinnvoller in letzteren zu bleiben. Warum?

Weil es dort schon genug zu verändern gibt und wir die Veränderung wollen. Weil uns der Kampf um den Schein in der Familie unnötig Kraft kostet. Weil es zusätzlich auch noch Weihnachten ist. Wenn wir schon unsere Familien pflegen wollen, dann doch nicht dann, wenn es von uns erwartet wird und wir neben den genannten und ausgesparten Konflikten auch noch die durch Weihnachten verursachten Konflikte mit bearbeiten müssen. Weil wir damit nicht nur den Druck auf uns erhöhen, sondern unsere FreundInnen, die sich dagegen entscheiden, Weihnachten in Familie zu verbringen in Berlin zurück- und damit vereinsamen lassen. Damit erschweren wir ihnen sich den Weihnachtsdepressionen zu verweigern. Weil wir keine FreundInnenschaften pflegen, indem wir uns einmal im Jahr an Weihnachten sehen. Weil es schwerer wird, sich konstruktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen, je weiter wir uns dem Erwartungsdruck aussetzen. Wir sollten wählen, welche Beziehungen wir pflegen wollen und wie viel wir investieren, anstelle uns einem diffusen Druck zu ergeben.

Lieber sollten wir aus den gesammelten Plüschtieren einen Mantel schneiden. Für alle denen ein solcher gefallen würde, wäre das ein sinnvolles Ende eines ungemütlichen Brauchtums.

Cut it out

Zum Brauchgebrauch von Kaski



Liebe christlich sozialisierte MitbürgerInnen, viele von euch sind kleinkarierte Reaktionsnäre. Das war jetzt vielleicht ein bisschen zu schroff. Also noch mal: Diejenigen unter euch, die Bräuche aus Prinzip ablehnen, sind ahistorische HolzfällerInnenhemdchen. Nun, so meine ich das wohl auch nicht. Aber was meine ich eigentlich? So richtig kann ich diese Frage selbst nicht beantworten. Es ist wohl mehr ein Gefühl, eine Intuition.

Am 24. Dezember saß ich abends vor dem Fernseher und feierte nicht Weihnachten. Aus einem einfachen Grund: Ich bin Jude. Zu sehen gab es den „Grinch“ mit Jim Carey. Der Plot ist schnell erzählt: Der Grinch ist ein grüner, schräger Geselle, der in seiner Kindheit an Weihnachten ganz schrecklich gedemütigt wurde und seitdem Weihnachten und alle EinwohnerInnen des kleinen Städtchens „Whoville“ hasst. Zurückgezogen auf einem Berg lebend nimmt er sich vor, den konsumsüchtigen Whos ihr Fest kräftig zu verderben. Selbstverständlich nimmt der Film dann eine (nicht gerade überraschende) Wendung. Während der Grinch und die Whos in einen scheinbar unauflösbaren Widerstreit verwickelt sind, erscheint in Gestalt eines kleinen Mädchens (natürlich) die personifizierte Weihnachtsesenz – das reine, echte, eigentliche Weihnachten. Durch sie vermittelt erweist sich, dass die Anarchoaktionen des Grinch nur die unweihnachtliche Seite des Festes attackiert haben und nachdem dieser alle Geschenke gestohlen hat, der Blick auf die wahre Bedeutung des Festes freigelegt ist – die Nächstenliebe, in der sich, oh Wunder, auch ein Plätzchen (nicht Kekes) für den ausgeschlossenen Grinch findet. These und Antithese heben sich in einer herrlich weihnachtlichen Synthese auf.

Als jüdischer Mitbürger, der sich in einem (nennen wir es der Einfachheit wegen) linken Umfeld bewegt, habe ich in diesem bezüglich des Umgangs mit christlichem Brauchtum eine gewisse Beobachterposition inne. Um Weihnachten herum fühle ich mich oft ein wenig wie nach Whoville versetzt, mit dem Unterschied, dass ich, statt von bekloppten Whos umgeben zu sein, von nörgelnden Grinchs vollgenölt werde. Dazu kommt noch, dass die ganze coole und von Wut gespeiste Grinchradikalität auf so viele Leute verteilt zu sein scheint, dass diese nicht mehr als einen quengelnden Abklatsch des echten, wahren und großen Grinch abzugeben vermögen. Diese Nörgelhaltung äußert sich eben auf zweierlei Weise: Einer standardisierten Konsumkritik und einer prinzipiellen Christentumsfeindlichkeit. Erzähle ich hingegen denselben Dauernörgeln, dass ich zu Rosh Hashana nach Hause fahre und zu Chanukka Kerzen anzünde, dann ist das „schön“ und „interessant“, oft auch „spannend“ oder sogar „cool“. Nun

möchte ich ein Bekenntnis machen: Obwohl ich mich in keiner Weise mit Christlichem identifiziere, finde ich bestimmte christliche Bräuche „interessant“, manche „cool“, alle aber in irgendeiner Hinsicht „spannend“.

Doch kehren wir zum Grinch zurück. Im Film gibt es einen unübersehbaren moralischen Zeigefinger, der uns sagen will, Nächstenliebe sei doch die eigentliche Botschaft an Weihnachten, die Essenz auf die es sich zu besinnen gilt. Durch diese Operation gelingt es, den historisch gewordenen Brauch und das aktuelle Brauchtum voneinander zu trennen.

Ein Brauch ist plötzlich etwas, das außerhalb des aktuellen Kontextes seiner Anwendung eine unhintergehbare Bedeutung besitzt, die es lediglich freizulegen gilt, um den uneingeschränkt guten Kern zum Vorschein zu bringen.

Diesen Hollywoodumgang möchte ich meinen Minigrinchs nicht mit auf den Weg geben. Vielmehr möchte ich auf einen spannenden Aspekt hinweisen: Trotzdem der Film versucht uns zu zeigen, was denn der eigentliche Kern von Weihnachten sein soll, wird der Brauch des Schenkens nicht abgeschafft. Es zeigt sich hier, dass Brauchtum historisch wandelbar ist. Der Umstand, dass ihr am 24. Plüschtierchen in die Hand gedrückt bekommt, etwas ‚gewordenes‘ ist, das sich aus bestimmten historischen Konstellationen herausgebildet hat. Jeder Brauch ist angefüllt von seinem jeweiligen historischen Entstehungsprozess und transportiert Wissen. Wenn also Bräuche spannend sein können, mit denen man selbst nicht aufgewachsen ist, warum dann nicht auch die eigenen? Will ich deshalb, dass ihr alle anfangt Weihnachten zu feiern? Hm.

Zum Schluss vielleicht ein Beispiel, das die interreligiöse Brücke schlägt: Einer meiner Lehrer erzählte mir einmal von einem Besuch in Spanien bei einer katholischen Familie. Diese hatte einen seltsamen Familienbrauch. Jeden Freitag gingen sie am Abend in den Keller, um dort zwei Kerzen zu zünden. Niemand wusste, was es damit auf sich hat. Meinem Lehrer allerdings war sofort klar, dass es sich hierbei um Shabbatkerzen handeln musste. Die Katholiken waren Nachkommen von ‚marran@s‘, das heißt Juden/Jüdinnen, die während der spanischen Inquisition gezwungen wurden, zum Christentum überzutreten, ihr Judentum aber heimlich weiter praktizierten. Hätte die Familie den Brauch, der für sie nicht einmal irgendeinen Sinn ergab, nicht weitergeführt, wäre das Wissen über ihre Herkunft wahrscheinlich verloren gegangen.

Travelling School of Life

Ein Bildungsnetzwerk für selbstbestimmtes Lernen und erweiterte Horizonte

VON SABINE STELDINGER

Immer wieder begeben sich wissbegierige Leute, denen die Bildung in den üblichen Institutionen nicht zusagt, auf den langen Weg, ein "Bildungsnetzwerk" auf die Beine zu stellen. Bildungsnetzwerke sind Zusammenschlüsse von Einzelpersonen, Gruppen und Wohnprojekten/Gemeinschaften/Kommunen, die ihre Fähigkeiten und ihr Wissen an andere weitergeben wollen und ihrerseits neues Wissen und Fähigkeiten erlernen möchten.

Die *Travelling School of Life* ist ein solches Bildungsnetzwerk von Leuten, die ihr Wissen und ihre Ressourcen teilen möchten. Es soll alternative Bildung außerhalb gewöhnlicher Wege wie Ausbildung, Schule und Uni verbinden.

Die Bedingungen sollen dabei immer wieder möglichst individuell und unbürokratisch vereinbart werden. Die Leute stellen sich ihren Lehrplan selbst zusammen, nehmen Kontakt zu anderen auf, vereinbaren sich über das Lernen und Zusammenleben und reisen dann von Ort zu Ort, wo sie Kost und Logis bekommen. Das Ganze ist vorläufig europaweit und auf lange Sicht weltweit geplant. Es ist weder Tauschen, Kaufen noch Schenken vorgeschrieben. Um möglichst wenige Menschen auszuschließen es ist selbstverständlich, dass alle Angebote zumindest auf einem „Low Budget“-Niveau (= geringe finanzielle Mittel) und finanziell nicht Gewinn bringend stattfinden sollen.

Die Lernorte der *Travelling School of Life* stellen Raum und Bedingungen für das Lernen und die Beteiligten bereit.

Dazu gehören Unterkunft und Verpflegung genauso wie Wissensquellen in Form von Büchern und Internet, Leute

mit speziellen Fähigkeiten und Wissen, Workshops oder Projekte, bei denen „Learning by doing“ möglich ist.

Reisend lernen – Lernend reisen?

Ein altes Sprichwort sagt: „Reisen bildet“. Denn beim Reisen begibst du dich in unbekannte Situationen, lernst viele Menschen kennen, entdeckst andere Lebensstile und neue Sichtweisen auf die Dinge. Wobei klar ist, dass mit „Reisen“ nicht „Tourismus“, sondern das respektvolle



Warten auf den Schulbus

Einlassen auf die Umgebung gemeint ist. Um den Einstieg in diese Art des Lernens - durch direkten Kontakt in einem ungewohnten Umfeld - zu erleichtern, wird der gegenseitigen Beratung durch Einführungskurse und durch Internetkommunikation viel Raum gegeben.

Zentral ist bei der *Travelling School of Life* die Beschäftigung mit Bildung an sich.

Die erste Frage, die sich uns stellt, wenn wir über Bildung sprechen ist: Was ist das Ziel von „Bildung“? Denn das macht es aus, was überhaupt als Bildung verstanden wird. Die meisten Menschen verstehen unter „Bildung“ vor allem „Ausbildung“ zum Zwecke der besseren Verwertbarkeit in der Arbeitswelt. Das schließt viele Wissensgebiete aus, verkürzt sie und findet unter einem kontraproduktiven Leistungsdruck statt.

Die Bedeutung von „Bildung“ soll in Bildungsnetzwerken jedoch erweitert werden. Wie das konkret aussehen kann, muss immer wieder diskutiert werden und ist Gegenstand der allgemeinen Auseinandersetzung - aber entscheiden, was du persönlich machen willst, kannst du nur selbst! Dabei kann dein persönlicher Lehrplan

ganz gewöhnliche und aber auch sehr extravagante Teile beinhalten, wenn du das für sinnvoll hältst; dein Lernweg ist selbstorganisiert und selbstverantwortlich. Lernende und Lehrende sind flexible Rollen. Alle können einmal Lehrende, ein anderes Mal Lernende und manchmal beides zur selben Zeit sein. Rat und Unterstützung können dir hierbei andere Menschen im Netzwerk bieten.

Eine besondere Unterstützung sollten Kinder genießen können. Eine wichtige Basis dafür sind größere Menschenzusammenhänge, die im Alltag füreinander da sind und denen klar ist, dass sie Menschen helfen, die zur Wahrnehmung ihrer Möglichkeiten besondere Unterstützung benötigen. Das trifft auf Nicht-Lesen-Könnende und durch Gesellschaft „behinderte“ Menschen ebenfalls zu. Es ist selbstverständlich, dass innerhalb dieser Gruppen gewisse Fähigkeitenhierarchien abgebaut und überbrückt werden müssen, um das volle Potential dieser Vernetzungen zu begreifen, es zu voller Schönheit zu entfalten und allen Menschen freien Zugang zu Information zu verschaffen.

Wie geht's weiter?

Ein Experimentierfeld bieten die Fragen, wie eine größtmögliche Kommunikation unter den Beteiligten ermöglicht werden kann oder Menschen ohne Internetzugang einbezogen werden können. Denn es gibt keine zentrale Stelle, die Entscheidungen trifft oder bestimmt, wer mitmachen darf und wer nicht.

Im Sommer diesen Jahres wird ein „Lernexperiment“ initiiert: mit Hilfe von Einführungskursen kann das Netzwerk erprobt werden. Zur Zeit ist die Datenbank und Netzwerkstruktur noch am Aufbau und du bist eingeladen, dich daran zu beteiligen. Um den Einstieg zu erleichtern werden wir die Organisationsprozesse über Mailinglisten, Internet und offene Treffen überschaubar gestalten. Zur Reisekostenunterstützung ist ein Solifonds geplant.

Und los geht die Reise...

Es werden zwei Einführungskurse angeboten:

Vom 17. Juni 2007 - 8. Juli 2007 in Frankreich und vom 15. Juli 2007 - 29. Juli 2007 in der Slowakei Wenn du dich daran in irgendeiner Form beteiligen willst, dann melde dich bis **Ende April 07** bei:

contact@tsolife.org

oder unter folgende Adresse:

The Travelling School of Life
c/o ariba e.V.

Fritschestraße 29; 10585 Berlin; Germany

www.tsolife.org



Über Musik schreiben ist wie zu Architektur tanzen. Manchmal gibt es dennoch „Movements“ über die zu schreiben es sich lohnt. Grime zum Beispiel. Was das ist, wo das herkommt und warum das irgendjemanden interessiert erzählt **KARSTEN SCHULDT**

Grime ist schon wieder tot. Zumindest wenn man einigen Diskussionen im Movement folgt. Grime, das ist eine Musik, die um 2000 in London, vorrangig in den sozialen und geografischen Randgebieten, entstand und spätestens 2003 auch in Berlin ankam. Das Movement ist die Szene um diese Musik. Stilistisch hängt das mit Dubstep zusammen, einer Form elektronischer Tanzmusik mit starker Betonung des melodisch eingesetzten und gleichzeitig zerstückelten Basses. Ganz offensichtlich hat Grime zudem die Nachfolge von Jungle angetreten, bei dem Anfang der Neunziger überdrehter Dancehall mit schnellem Rap verbunden wurde. Heute klingt Grime nach zerstückeltem Drum'n'Bass, mit westcoaststyligem Rap und einer punkigen, leicht ironischen Ich-ich-ich-Attitüde. Das ganze basiert musikalisch auf einem bemerkenswert hohen Popmusik-Geschichtsbewusstsein, welches sich vor allem dadurch manifestiert, dass sehr gezielt Songs benutzt und variiert werden, die inhaltlich und musikalisch bedeutsam waren und nicht einfach nur gut klingen. Kennzeichen von Grime ist zudem eine konsequente Sampletechnik, die an den frühen Hip-hop erinnert. Man hört einfach wieder, wo die Samples einsetzen und aufhören. Der Rap selbst überschlägt sich oft, er ist treibend und schnell.

Inhaltlich geht es vor allem um die Musikmachenden, um ihr Leben und ihren Willen, sich durchzusetzen. Dennoch ist ein erstaunlich großer Anteil der Musik politisch, vornehmlich antirassistisch oder diffus gegen das System. Liebeslieder zumindest funktionieren gar nicht.

In London scheint Grime auch ein Kind der Ver-

liererInnengeneration von *New Labours* Politik zu sein. So ist der Anteil von Menschen mit migrantischem Hintergrund hier überdurchschnittlich hoch.

Mit *Grimetime* existiert eine Gruppe, welche in Berlin stetig Partys organisiert und auf ihrem Weblog das Movement motiviert. Die Zeitschrift *De:Bug* hob Grime 2006 auf ihren Titel. Im Sommer lief beim Projekt *Radio Einszueins* mit *Grimetime-Radio* die erste Sendung in Deutschland explizit zu dieser Musik. In Großbritannien läuft eine wöchentlich auf *BBC1xtra*.

Und jetzt ist Grime tot. Wieso? Wegen des Erfolges. Vor zwei Jahren schaffte es *MIA* – nicht mit der kindischen deutschen Popgruppe zu verwechseln – kurz in die *MTV*-Rotation. Letztes Jahr signte *Jay-Z* einige Leute aus dem Movement. Davon hat *Lady Sovereign* mit einer popigen Version von Grime bedeutenden Erfolg. Das war für viele der Grund, dass Ende des Movements – der Bewegung mit Musik, Lebensstil und eigenen künstlerischen Ausdrucksmitteln weg vom Mainstream – auszurufen. Andere taten das für Berlin, als im Sommer 2006 eine große *Grimetime*-Party von *Puma* gesponsert wurde.

Dann begann *Jay-Z* selber auf einem Konzert zu grimen, für vielleicht drei Minuten. Die Musik wurde einfach elektronischer, noch etwas härter und er rappete noch schneller und gebrochener, als sonst. Das Video von diesem Auftritt wurde im Movement besprochen. *Jay-Z*, mit seiner oft poetisch durchdachten Hau-Drauf-Attitüde und Brachial-Ironie passt zu Grime besser, als jeder andere Rapstar. Dennoch beginnt jetzt der große Ausverkauf. Wie schon im Punk mit den *Sex Pistols*,

im Jungle mit *General Levy* und so weiter. Andere dagegen sehen es als Chance, dass Grime in den USA ankommt.

So scheint Grime den Weg jeder größeren Jugendsubkultur zu nehmen: wachsen und dann, wenn die „normalen Kids“ auch zuhören, sich spalten in die, die auf die Eigenständigkeit des Movement pochen und jene, welche mehr oder weniger Geld damit machen. Manchmal, wie beim Hip-hop, etabliert sich das. Manchmal, wie beim Jungle, nicht. Grime steht gerade am Scheideweg. Man sollte zumindest einmal Reinhören, es ist einer der Sounds zur flexibilisierten Gesellschaft. Laut, hart, schnell, geschichtsbewusst und irgendwie, zwischendurch, auch mal nachdenklich politisch.

Mehr: „The Official War Report“ von Logan Sama im Netz suchen, downloaden, anhören. Der Podcast von grimetime.de bietet ebenfalls großartige Beispiele aktuellen Grimes.

Zuschuss zum Semesterticket – Hier gibt's Geld!



JedeR StudentIn der HU kann einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialer Lage und Härte der Situation, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag, derzeit 151,- € pro Semester, entschieden.

Was als geringes Einkommen und soziale Härte gilt, ist im Semesterticketbüro oder im Netz unter www.refrat.de/semix zu erfahren. Dort gibt es auch Antragsformulare. Anträge können während der Rückmelde-/Einschreibefrist gestellt werden.

Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Unter den Linden 6 Hauptgebäude Tel.: 2093-2082 semix@refrat.hu-berlin.de
10099 Berlin Raum 1043 Fax: 2093-2092 www.refrat.de/semix



Veranstaltung: Sexuelle Belästigung an der Universität

Wo fängt sie an? Was kann man dagegen tun?

Referentinnen: Dr. Marianne Kriszio, Zentrale Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität
Susanne Rehse, Frauenbeauftragte der Charite am Campus Virchow-Klinikum

Moderatorin: Birgitta Hentschel (Journalistin)

Diese Veranstaltung wendet sich an Studierende und Beschäftigte, an studentische Hilfskräfte und Auszubildende sowie an Vorgesetzte.

Wann: Donnerstag, 18.01.07, 18:30-20:00h

Wo: Senatssaal im Hauptgebäude der HU, Unter den Linden 6, 1. OG

Lesung 22.01. Mehringhof: Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet

Nach einem Konflikt beim Caterer Gate Gourmet bringt ein wilder Streik die internationale Luftfahrt durcheinander. Am Flughafen Düsseldorf streiken Gate-Gourmet-ArbeiterInnen von Oktober 2005 bis April 2006. Sie sind mit massivem Streikbruch durch Leiharbeit konfrontiert. Durch Exemplarische Erfahrungen heutiger ArbeiterInnenkämpfe und die Verbindung des Klassenkampfes und direkter Aktionen liefert dieses Buch einen wichtigen Anstoß zur Diskussion über die Zukunft der ArbeiterInnenbewegung.

Mehr zum Buch: http://www.assoziation-a.de/neu/Auf_den_Geschmack_gekommen_.htm

Wann: Montag, 22. 01. 07, 20h

Wo: Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin

„Politische Pädagogik“ – Hegemonie und Bildung bei Antonio Gramsci

Das für linke Diskussionen und politische Praxis relevante Konzept der Hegemonie geht auf den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891-1937) zurück. Erziehung und Bildung sind ein integraler Bestandteil seiner Philosophie der Praxis, werden jedoch in der Rezeption wenig beachtet. In der theoretischen Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Reform- und der faschistischen Pädagogik entwickelt Gramsci in den „Gefängnisheften“ eine politische Pädagogik, die auf Emanzipation und „Intellektualisierung“ der subalternen Klassen zielt. Als gesellschaftliches Verhältnis – und nicht als Fachdisziplin – ist Pädagogik zentraler Bestandteil seiner politischer Theorie: „Jedes Verhältnis von ‚Hegemonie‘ ist notwendigerweise ein pädagogisches Verhältnis.“ Diese zentrale Bedeutung der pädagogischen Perspektive für Ansätze gegenhegemonialer Politik soll unter verschiedenen Zugängen diskutiert werden. In Auseinandersetzung mit der Lernfähigkeit sozialer Bewegungen, der Kritischen Psychologie und entlang von Fragen pädagogischer Praxis soll ein Blick auf die Möglichkeiten und Herausforderungen geworfen werden, denen sich eine emanzipatorische Pädagogik heute zu stellen hat. Unterstützt wird die Veranstaltung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und den Asta FU Berlin

Moderation und Input:

Kathrin Audehm, Janek Niggemann
ReferentInnen:

CHRISTINA KAINDL (BERLIN): Antonio Gramsci und seine Bedeutung für die Kritische Psychologie
ANDREAS MERKENS (HAMBURG): Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis politische Pädagogik.
NANCY WAGENKNECHT (BERLIN): Kritische Anmerkungen zur Praxis der politischen Jugendbildung. Anschlüsse an Antonio Gramsci.

Zeit: 30.01.2007, 19:00

Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten
Mittwoch 14–16 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 14–16 Uhr

Monbijoustraße 3/Raum 5
Tel.: 20 93-21 45
E-Mail: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 14–18 Uhr
Im März, August und September:
Mittwoch 10–14 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 15
Tel.: 20 93-10 60
E-Mail: beratung.bafoeg@refrat.hu-berlin.de

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten
Dienstag 12–16 Uhr
Mittwoch 10–14 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 10–16 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 16
Tel.: 20 93-19 86
E-Mail: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de

Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten
Montag und Freitag 10–15 Uhr
Mittwoch 10–19 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 10–16 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 6
Tel.: 20 93-10 62
E-Mail: beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de

Enthinderungsberatung

Sprechzeiten
Dienstag 12:30–17:30 und Mittwoch 9–14 Uhr
In den Semesterferien: Mittwoch 9–14 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 5
Tel.: 20 93-21 45
E-Mail: beratung.enthinderung@refrat.hu-berlin.de
Internet: www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthind.html

Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten
Mittwoch 18–20 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 18–20 Uhr, 14-tägig

Monbijoustraße 3/ Raum 6

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten
Donnerstag 12–14 Uhr, 14-tägig

Dorotheenstraße 17/ Raum 2 (Beratungsraum im RefRat) | Aktuelle Termine unter: www.refrat.de/lust

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten
Montag 10–13 Uhr
Donnerstag 13–16 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 5
Tel.: 20 93-21 45
E-Mail: beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de